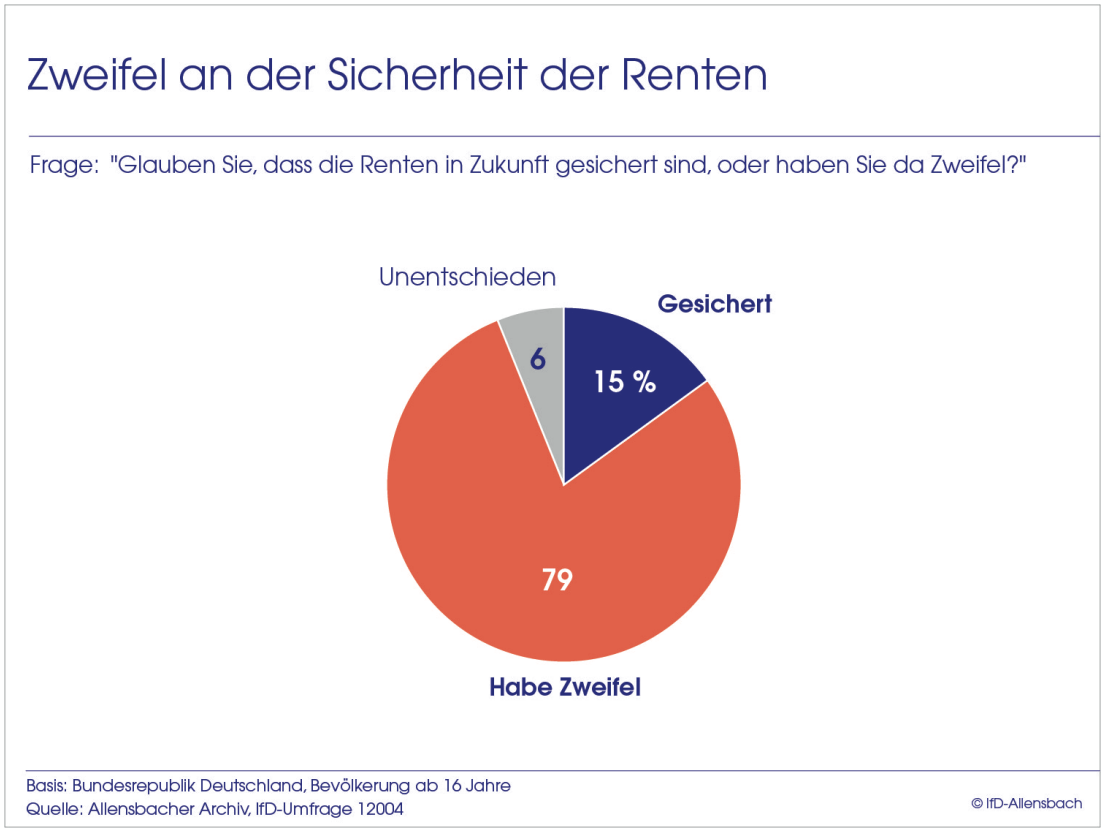
Die Zukunft der Rente

Perspektiven und Reformbedarf aus der Sicht der Bürger

Die nachhaltige Sicherung der Renten gehört für die Bevölkerung stabil zu den wichtigsten politischen Herausforderungen. Die Bürger wissen, was die demografische Entwicklung mittel- und langfristig für die sozialen Sicherungssysteme bedeutet. Entsprechend ist das Zutrauen in die Sicherheit der Renten gering. Dies zeigt eine aktuelle Untersuchung, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durchgeführt hat.[1] Danach haben lediglich 15 Prozent der Bürger Zutrauen, dass die Renten mittel- und langfristig gesichert sind, 79 Prozent äußern dezidierte Zweifel.

Schaubild 1



[1] Die Untersuchung stützt sich auf 1214 Face-to-face-Interviews, repräsentativ für die Bevölkerung ab 16 Jahre, die zwischen Ende Mai und Anfang Juni durchgeführt wurden.

Die überwältigende Mehrheit erwartet auch steigende Beiträge zur Rentenversicherung; 34 Prozent gehen sogar davon aus, dass die Beiträge in den nächsten Jahren stark ansteigen werden. Die Bürger werden zunehmend skeptischer. 71 Prozent gehen davon aus, dass die Rentenbeiträge in den nächsten Jahren ansteigen werden; der Anteil derjenigen, die einen starken Anstieg der Rentenbeiträge erwarten, hat sich in den letzten fünf Jahren von 29 auf 34 Prozent erhöht.

Schaubild 2

Die überwältigende Mehrheit rechnet mit steigenden Beiträgen

Frage: "Wie schätzen Sie die Entwicklung bei den Rentenbeiträgen ein? Werden die Rentenbeiträge in den nächsten Jahren eher steigen oder eher sinken, oder werden die Rentenbeiträge in etwa gleich bleiben?"

Falls 'Werden eher steigen': "Und rechnen Sie mit stark oder nicht so stark steigenden Beiträgen?"

	2014 %	2019 %
Eher steigen	**69**	**71**
Stark steigende Beiträge	**29**	**34**
Nicht so stark steigend	**34**	**28**
Unentschieden	**6**	**9**
Eher sinken	**6**	**5**
Gleich bleiben	**14**	**13**
Weiß nicht	**11**	**11**
	100	100

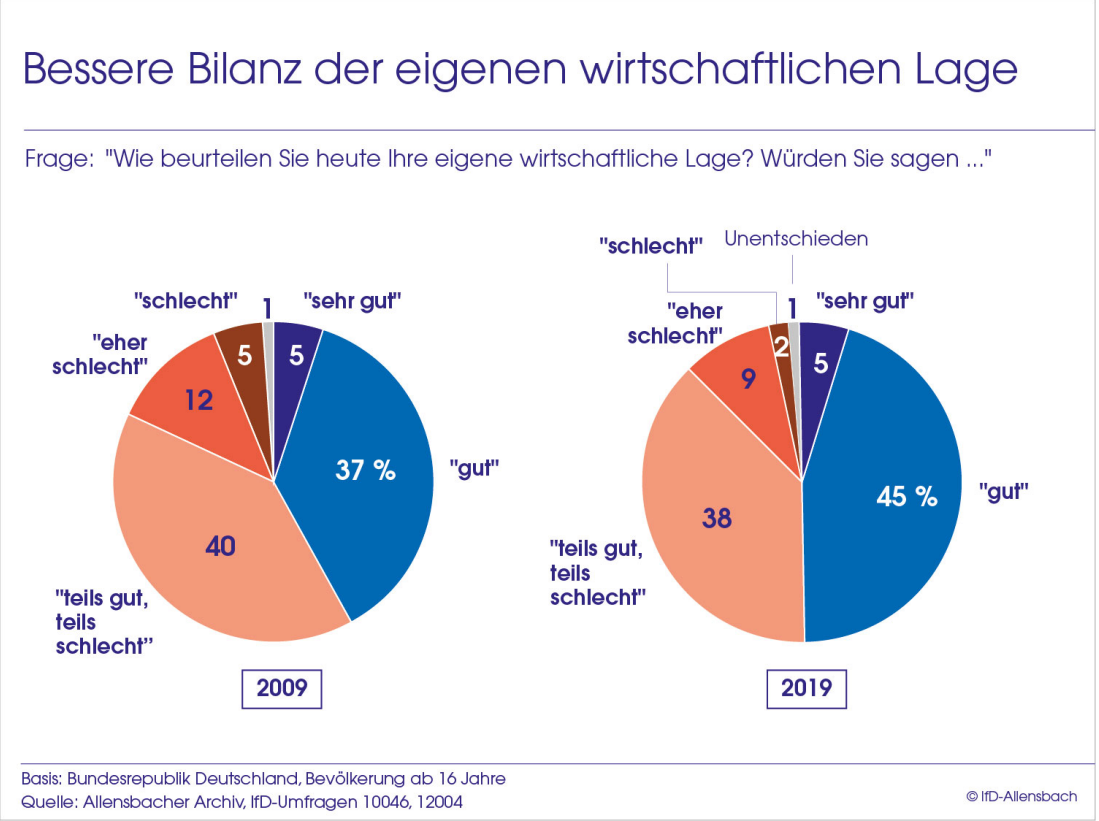
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11021, 12004

© IfD-Allensbach

Vor diesem Hintergrund ist es auf den ersten Blick überraschend, dass sich keine breite und intensive gesellschaftliche Diskussion über Maßnahmen zur Gestaltung und Sicherung eines demografiefesten Rentensystems entwickelt. Dies hat unter anderem mit der konjunkturellen Entwicklung des Landes zu tun, durch die sich in den letzten zehn Jahren nicht nur die Arbeitslosigkeit gravierend verringert hat, sondern sukzessive auch Einkommen und Renten angestiegen sind. Der Status quo der eigenen finanziellen Verhältnisse wird heute von der Bevölkerung besser beurteilt als vor zehn

Jahren; das gilt für die eigene wirtschaftliche Lage insgesamt wie speziell für die Renten. Vor zehn Jahren waren 42 Prozent der Bevölkerung mit ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage zufrieden, aktuell 50 Prozent. Der Anteil der Bürger, die eine eindeutig kritische Bilanz ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ziehen, hat sich in diesem Zeitraum von 17 auf 11 Prozent verringert.

Schaubild 3

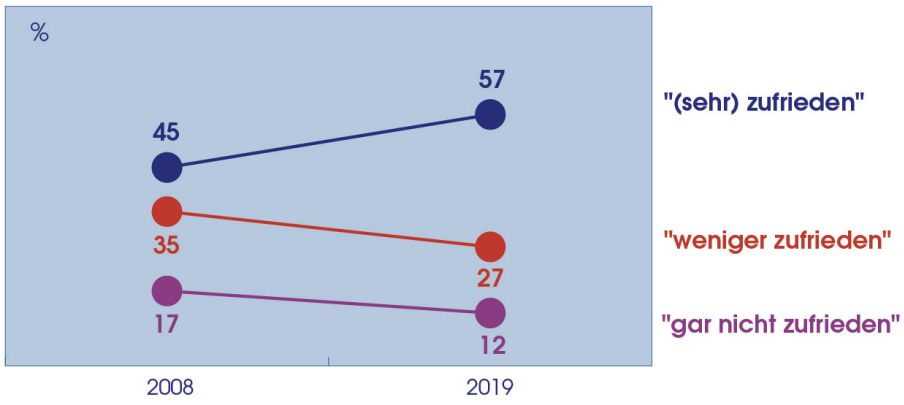


Noch positiver hat sich die Bilanz der Rentner entwickelt. Von ihnen waren vor gut zehn Jahren erst 45 Prozent mit der Höhe der eigenen Rente zufrieden, aktuell 57 Prozent. Der Anteil derjenigen, die nur mit Einschränkungen zufrieden sind, hat sich von 35 auf 27 Prozent verringert, der Kreis der völlig Unzufriedenen von 17 auf 12 Prozent.

Schaubild 4

Steigende Zufriedenheit der Rentner

Frage: "Wenn Sie einmal an die Höhe Ihrer eigenen Rente denken: Wie zufrieden sind Sie damit? Würden Sie sagen ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Rentner und Pensionäre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10020, 12004

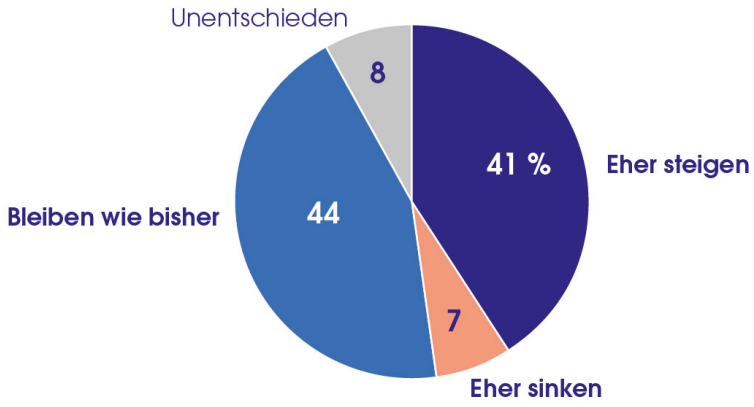
© IfD-Allensbach

Nach den Rentenerhöhungen der letzten Jahre gehen auch viele Rentner davon aus, dass sich diese positive Entwicklung in den nächsten Jahren noch fortsetzen wird. 41 Prozent rechnen in den nächsten Jahren mit steigenden Renten, lediglich 7 Prozent mit sinkenden Renten; 44 Prozent erwarten keine nennenswerte Veränderung ihrer Rentenbezüge. Von daher ist die überwältigende Mehrheit in Bezug auf die mittel- und langfristige Zukunft des Rentensystems skeptisch; gleichzeitig werden die Perspektiven für die nächsten Jahre zumindest von den heutigen Rentenbeziehern beruhigt oder sogar optimistisch bewertet.

Schaubild 5

Die künftige Rentenentwicklung aus der Sicht der heutigen Rentner

Frage an Personen, die (überwiegend) von einer Rente oder Pension leben:
"Wird Ihre Rente in den nächsten Jahren eher steigen, eher sinken oder in etwa so bleiben wie bisher?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die (überwiegend) von einer Rente oder Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Diejenigen, die im Erwerbsleben stehen und noch nicht von einer Rente leben, gehen mehrheitlich davon aus, dass sie im Alter nur mit einer sparsamen Lebensführung mit ihren finanziellen Ressourcen auskommen werden. 53 Prozent sind davon überzeugt, 12 Prozent fürchten sogar, dass ihre Alterseinkünfte nicht ausreichen werden, um ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln bestreiten zu können. Lediglich 30 Prozent sind optimistisch, dass sie im Alter finanziell keine Sorgen haben werden. Dabei unterscheiden sich West- und Ostdeutschland gravierend: In Westdeutschland ist jeder Dritte überzeugt, im Alter keine finanziellen Sorgen zu haben, in Ostdeutschland lediglich 17 Prozent.

Schaubild 6

Einschätzung der finanziellen Lage im Alter: erhebliche Unterschiede zwischen West und Ost

Frage: "Wie schätzen Sie Ihre persönliche finanzielle Lage im Alter ein? Können Sie es mir bitte nach dieser Liste sagen?"

	Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben		
	insgesamt	Westdeutsch-land	Ostdeutsch-land
	%	%	%
Wahrscheinlich habe ich genug Geld zur Verfügung und werde im Alter finanziell keine Sorgen haben	**30**	**33**	**17**
Ich erwarte, dass ich im Alter mit meinem Geld auskommen werde, aber ich werde sparsam sein müssen	**53**	**52**	**59**
Das Geld wird wahrscheinlich knapp werden oder gar nicht reichen, um meinen Lebensunterhalt im Alter aus eigenen Mitteln finanzieren zu können	**12**	**11**	**15**
Unentschieden	**5**	**4**	**9**
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Noch stärker fallen die Erwartungen der sozialen Schichten auseinander. In den höheren sozialen Schichten ist die Mehrheit überzeugt, im Alter finanziell sorglos leben zu können, in der Mittelschicht nur jeder Vierte, in den schwächeren sozialen Schichten jeder Zehnte. In den schwächeren sozialen Schichten befürchtet jeder Dritte dagegen, dass die Alterseinkünfte unter Umständen nicht ausreichen werden, um den Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln zu decken.

Schaubild 7

Differenziertes Bild in den sozialen Schichten

Frage: "Wie schätzen Sie Ihre persönliche finanzielle Lage im Alter ein? Können Sie es mir bitte nach dieser Liste sagen?"

	Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben		
	Sozioökonomischer Status		
	niedrig	mittel	hoch
	%	%	%
Wahrscheinlich habe ich genug Geld zur Verfügung und werde im Alter finanziell keine Sorgen haben	**10**	**25**	**55**
Ich erwarte, dass ich im Alter mit meinem Geld auskommen werde, aber ich werde sparsam sein müssen	**53**	**60**	**38**
Das Geld wird wahrscheinlich knapp werden oder gar nicht reichen, um meinen Lebensunterhalt im Alter aus eigenen Mitteln finanzieren zu können	**33**	**9**	**2**
Unentschieden	**4**	**6**	**5**
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Generell muss Alterssicherung immer auch schichtbezogen analysiert und konzipiert werden. Die materielle Lage der sozialen Schichten unterscheidet sich gravierend. Zwar haben gerade auch die schwächeren sozialen Schichten von der positiven Entwicklung des Arbeitsmarktes und den steigenden Lohnabschlüssen profitiert. Trotzdem wächst der Abstand zwischen den sozialen Schichten, da die Mittel- und insbesondere die Oberschicht in absoluten Beträgen höhere Einkommenszuwächse verzeichnen und zudem auch weitaus mehr als die schwächeren sozialen Schichten über Vermögenseinkünfte verfügen und von Erbschaften und Schenkungen profitieren. Der Abstand zwischen der Unterschicht und den mittleren sozialen Schichten ist deutlich größer als der Abstand zwischen der Mittel- und Oberschicht. Dies zeigt auch die Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage. In den schwächeren sozialen Schichten bewerten lediglich 17 Prozent ihre eigene wirtschaftliche Lage als gut, in der Mittelschicht dagegen 51 Prozent, in den höheren sozialen Schichten 78 Prozent.

Schaubild 8

Schichtgebundene Bilanz der eigenen wirtschaftlichen Lage

Frage: "Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Sehr gut	5	x	3	15
Gut	45	17	48	63
Es geht	38	55	40	17
Eher schlecht	9	23	6	4
Schlecht	2	4	2	1
Unentschieden	1	1	1	x

x = weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Die höheren Einkommen und der insgesamt größere finanzielle Spielraum der Mittel- und Oberschicht bestimmen auch die Lage im Alter. So sind in der Mittelschicht 62 Prozent der Rentner mit ihrer Rente zufrieden, in den höheren sozialen Schichten 86 Prozent, in den schwächeren sozialen Schichten dagegen nur 39 Prozent. Mittel- und Oberschicht profitieren im Alter über die Rente hinaus auch zunehmend von ihrer privaten Vorsorge und Vermögenseinkünften. Die Stimulierung privater Vorsorge ist ein wirkungsvolles Konzept für die mittleren und höheren Schichten, das auch dazu beiträgt, die sozialen Sicherungssysteme zu entlasten. Dagegen fehlen in den schwächeren sozialen Schichten weitgehend die Ressourcen für eine eigenverantwortliche Vorsorge; dies muss bei der Konzeption von Systemen für die Alterssicherung immer berücksichtigt werden.

Problem Altersarmut

Nur eine kleine Minderheit der älteren Generation zieht eine sehr kritische Bilanz ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage. Die überwältigende Mehrheit der Bürger ist jedoch überzeugt, dass Altersarmut ein weit verbreitetes Phänomen ist. 73 Prozent der Bevölkerung gehen davon aus, dass es vielen älteren Menschen in Deutschland finanziell sehr schlecht geht, nur 20 Prozent halten Altersarmut für ein quantitativ eng begrenztes Phänomen. In den letzten Jahren hat sich die Überzeugung, dass Altersarmut weit verbreitet ist, tendenziell von hohem Niveau aus weiter verstärkt.

Schaubild 9

Mehrheitsmeinung: Altersarmut weit verbreitet

Frage: "Gibt es in Deutschland viele ältere Menschen, die arm sind, denen es finanziell sehr schlecht geht, oder glauben Sie, dass Altersarmut in Deutschland eine relativ kleine Gruppe betrifft?"

	2011 %	2019 %
Viele ältere Menschen sind arm	**70**	**73**
Relativ kleine Gruppe	**22**	**20**
Unentschieden	**8**	**7**
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10080, 12004

© IfD-Allensbach

Für viele ist dies allerdings ein medienvermitteltes Phänomen, keine Beobachtung im eigenen Umfeld. Immerhin 32 Prozent kennen jedoch auch aus ihrem persönlichen Umfeld, aus dem Bekanntenkreis oder der Nachbarschaft Fälle von Altersarmut.

Überdurchschnittlich machen Rentner diese Beobachtung; von ihnen berichten 37 Prozent, in ihrem persönlichen Umfeld, bei Bekannten oder Nachbarn sei Altersarmut ein Problem.

Schaubild 10

Altersarmut im eigenen Umfeld

Frage: "Wie ist das in Ihrem persönlichen Umfeld, also Ihrem Bekanntenkreis oder Ihrer Nachbarschaft: Ist Altersarmut da ein Problem, oder ist das nicht der Fall?"

	2011 %	2019 %	Rentner %
Ist Problem	**31**	**32**	**37**
Nicht der Fall	**60**	**56**	**53**
Unentschieden	**9**	**12**	**10**
	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10080, 12004

© IfD-Allensbach

Bei der Bewertung dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass sich die gesellschaftliche Definition von Armut in den letzten Jahrzehnten signifikant verändert hat. Ursprünglich setzte die Armutsdefinition der Bevölkerung an der Abhängigkeit von Unterstützung an oder war sogar auf Obdachlosigkeit beschränkt: Mitte der 90er Jahre war der Armutsfall für 40 Prozent der Bevölkerung dann erfüllt, wenn jemand seinen Lebensunterhalt nicht selbst bestreiten konnte und auf Unterstützung und Hilfe anderer angewiesen war; für 23 Prozent war Armut sogar auf den Fall der Obdachlosigkeit beschränkt. Dies sind heute Minderheitenpositionen. Der Armutsbegriff der Bevölkerung ist heute wesentlich weiter gefasst. Für die Mehrheit beginnt Armut nicht

erst mit der Abhängigkeit von anderen oder gar dem Verlust der eigenen Wohnung, sondern bereits bei ernsthaften Schwierigkeiten, den eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten und der Notwendigkeit, sich ständig einzuschränken. Dies ist heute für 46 Prozent der Bevölkerung das Kriterium für Armut; weitere 21 Prozent haben einen noch weiteren Armutsbegriff, der auch diejenigen umfasst, die nur über geringe finanzielle Ressourcen verfügen, nachdem sie die Kosten für ihren Lebensunterhalt beglichen haben. Die Trendanalyse zeigt, wie stark sich der Armutsbegriff sukzessive in einer Gesellschaft wandelt, die von wachsendem Wohlstand gekennzeichnet ist.

Schaubild 11

Veränderte Armutsdefinition

Frage: "Wo fängt für Sie Armut an? Hier auf dieser Liste stehen mehrere Stufen. Können Sie mir bitte sagen, ab welcher Stufe jemand für Sie arm ist?"

	1995 %	2006 %	2011 %	2019 %
Stufe 1: Wenn er nur ganz wenig Geld übrig behält, nachdem er die Kosten für seinen Lebensunterhalt bezahlt hat	**9**	**9**	**10**	**21**
Stufe 2: Wenn er ernsthafte Schwierigkeiten hat, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, das nur mit ständigen Einschränkungen schafft und sich nichts leisten kann	**32**	**37**	**37**	**46**
Stufe 3: Wenn er seinen Lebensunterhalt nicht selber bestreiten kann und auf die Unterstützung und Hilfe anderer angewiesen ist	**40**	**37**	**36**	**22**
Stufe 4: Wenn er keine eigene Wohnung und keine Unterkunft hat, sondern auf der Straße oder im Obdachlosenasyl lebt	**23**	**16**	**14**	**6**
Keine Angabe	**1**	**1**	**3**	**5**
	105	100	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12004

© IfD-Allensbach

Die deutsche Bevölkerung ist in hohem Maße darauf ausgerichtet, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Quer durch alle Schichten ist es der großen Mehrheit wichtig, Armut zu bekämpfen und zu verhindern, dass sich eine verfestigte Unterschicht bildet. Der kühle Blick der amerikanischen oder auch britischen Oberschicht auf Armuts-

phänomene im eigenen Land ist der deutschen Oberschicht eher fremd. Entsprechend misst die große Mehrheit der gesamten Bevölkerung auch gerade der Bekämpfung von Altersarmut große Bedeutung bei. Dabei verspricht sich die Bevölkerung am meisten von einem Rentenzuschuss für Bezieher niedriger Renten oder auch einer staatlich garantierten Grundrente für alle, die Jahrzehnte gearbeitet haben. Auch eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bei der Berechnung der Rentenhöhe halten 61 Prozent für besonders gut geeignet, um Altersarmut zu bekämpfen. Darüber hinaus hält die Mehrheit die Erhöhung des Mindestlohnes für richtige und wichtige Maßnahmen, um Altersarmut zu bekämpfen. 54 Prozent halten eine stärkere staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge für eine geeignete Maßnahme, jeder Zweite auch mehr Anreize, eine betriebliche Altersvorsorge abzuschließen. Auch Maßnahmen, die erst mittel- und langfristig eine Wirkung erzielen können wie stärkere Investitionen in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, um allen Kindern gute Perspektiven zu eröffnen, hält jeder Zweite für eine geeignete Maßnahme, um Altersarmut zu bekämpfen. Dagegen kann sich nur eine Minderheit dafür erwärmen, die private Altersvorsorge für alle zur Pflicht zu machen, das Rentenniveau stabil zu halten oder das Renteneintrittsalter zu erhöhen, um zu erreichen, dass Beschäftigte länger ihr reguläres Einkommen beziehen.

Interessanterweise gibt es bei der Bewertung der verschiedenen Maßnahmen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Generationen. Auch die junge Generation, die heute 16- bis 29-Jährigen, favorisieren dieselben Maßnahmen wie der Durchschnitt der Bevölkerung. So sprechen sich 68 Prozent der gesamten Bevölkerung und auch 69 Prozent der unter 30-Jährigen für Rentenzuschüsse an Bezieher niedriger Renten aus, 61 Prozent der Bevölkerung und 60 Prozent der unter 30-Jährigen für eine staatliche garantierte Grundrente für alle, die mindestens 40 Jahre Vollzeit gearbeitet haben. Auch wenn der jungen Generation zumindest teilweise bewusst ist, dass steigende Ausgaben der Rentenversicherung von ihnen getragen werden müssen, gibt es keinerlei Indizien für den oft beschworenen Generationenkonflikt. Während auf anderen Politikfeldern teilweise deutliche Positionsunterschiede zwischen den verschiedenen Generationen zu beobachten sind, gibt es im Bereich der Sozialpolitik kaum Meinungsverschiedenheiten zwischen Jüngeren und Älteren.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut

Frage: "Welche Maßnahmen halten Sie für besonders gut geeignet, um Altersarmut zu bekämpfen bzw. zukünftig zu verringern?"

	Bevölkerung insgesamt	16- bis 29-Jährige
	%	%
Es sollte einen Zuschuss zur Rente für Personen geben, die nur eine ganz niedrige Rente haben, obwohl sie mindestens 35 Jahre gearbeitet haben	**68**	**69**
Es sollte eine staatlich garantierte Grundrente für alle geben, die mindestens 40 Jahre Vollzeit gearbeitet haben	**61**	**60**
Kindererziehungszeiten sollten bei der Berechnung der Rentenhöhe stärker berücksichtigt werden	**61**	**58**
Die Erhöhung des Mindestlohns	**58**	**59**
Die private Altersvorsorge sollte vom Staat stärker gefördert werden	**54**	**54**
Es sollten mehr Anreize geschaffen werden, eine betriebliche Altersvorsorge abzuschließen	**49**	**46**
Es sollte mehr Geld in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investiert werden, um allen Kindern gute Chancen zu bieten	**49**	**49**
Es sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle eingeführt werden, also auch für Rentner	**37**	**43**
Berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen sollten gefördert werden, um das Risiko von Arbeitslosigkeit zu verringern	**37**	**37**
Die private Altersvorsorge sollte für alle zur Pflicht werden	**27**	**29**
Die Rentenhöhe, also das, was ein Rentner im Vergleich zu seinem Durchschnittseinkommen als Rente erhält, sollte auf der jetzigen Höhe gehalten werden	**24**	**17**
Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, damit Beschäftigte länger ihr reguläres Einkommen beziehen	**16**	**15**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Auch die sozialen Schichten sind sich weitgehend einig, dass Rentenzuschüsse für Bezieher niedriger Renten oder eine staatliche Grundrente sowie eine stärkere Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten geeignete Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut sind. Lediglich ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle, auch für Rentner, wird von der Unterschicht und teilweise auch von den mittleren Schichten weitaus stärker favorisiert als von den höheren sozialen Schichten. Ansonsten unterscheiden sich die sozialen Schichten jedoch in erster Linie bei der Bewertung von Maßnahmen, die entweder sehr langfristig angelegt sind oder auf die Stärkung der privaten Vorsorge abzielen. So halten 62 Prozent der höheren Sozialschichten und auch 48 Prozent der Mittelschicht eine stärkere Förderung der betrieblichen Altersvorsorge für aussichtsreich, dagegen nur 38 Prozent der schwächeren sozialen Schichten. 40 Prozent der höheren Sozialschichten bewerten darüber hinaus eine verpflichtende private Altersvorsorge als aussichtsreiches Mittel gegen Altersarmut, dagegen nur 21 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten. Vor allem messen die höheren sozialen Schichten jedoch auch stärkere Investitionen in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen große Bedeutung bei wie auch beruflicher Weiterbildung und lebenslangem Lernen, um Chancen zu verbessern und das Risiko von Arbeitslosigkeit zu vermindern. Die schwächeren sozialen Schichten, die von diesen Maßnahmen an sich stärker profitieren würden als die Oberschicht, glauben weitaus weniger an positive Effekte dieser Maßnahmen auf die Altersarmut.

Schaubild 13

Die höheren Schichten sehen mehr Möglichkeiten zur Bekämpfung von Altersarmut

Frage: "Welche Maßnahmen halten Sie für besonders gut geeignet, um Altersarmut zu bekämpfen bzw. zukünftig zu verringern? Was von dieser Liste würden Sie nennen?"

	Bevölkerung insgesamt	Sozioökonomischer Status		
		niedrig	mittel	hoch
	%	%	%	%
Die private Altersvorsorge sollte vom Staat stärker gefördert werden	**42**	**56**	**58**	
Es sollten mehr Anreize geschaffen werden, eine betriebliche Altersvorsorge abzuschließen	**38**	**48**	**62**	
Es sollte mehr Geld in Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen investiert werden, um allen Kindern gute Chancen für das spätere Arbeitsleben zu bieten	**38**	**48**	**60**	
Es sollte ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle eingeführt werden, also auch für Rentner	**46**	**37**	**31**	
Berufliche Weiterbildung und lebenslanges Lernen sollten gefördert werden, um das Risiko von Arbeitslosigkeit zu vermindern	**28**	**34**	**52**	
Die private Altersvorsorge sollte für alle zur Pflicht werden	**21**	**24**	**40**	
Das Renteneintrittsalter sollte erhöht werden, damit Beschäftigte länger ihr reguläres Einkommen beziehen	**12**	**14**	**25**	

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

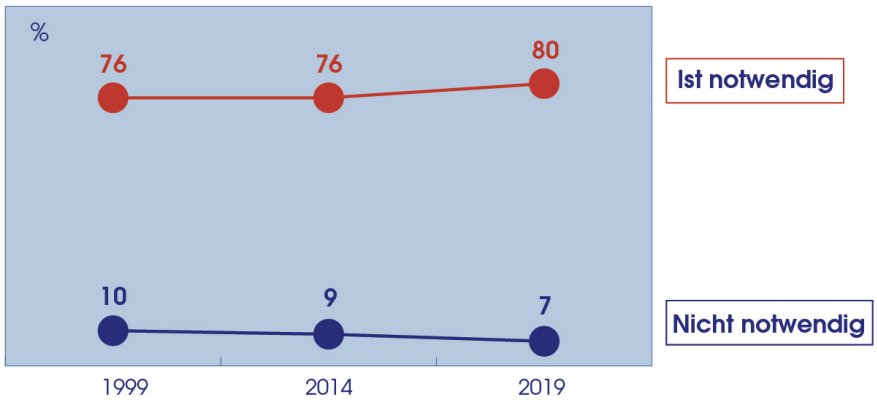
Die Mehrheit sieht für das Rentensystem erheblichen Reformbedarf

Da den Bürgern bewusst ist, was die demografische Entwicklung für die sozialen Sicherungssysteme und insbesondere die Rentenversicherung bedeutet, geht die große Mehrheit bereits seit vielen Jahren davon aus, dass das Rentensystem langfristig umgebaut werden muss. Schon Ende der 90er Jahre waren drei Viertel der Bevölkerung davon überzeugt, aktuell 80 Prozent. Lediglich eine kleine Minderheit von 7 Prozent glaubt, dass das derzeitige System demografiefest ist.

Schaubild 14

Umbau des Rentensystems?

Frage: "Es gibt immer mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft. Glauben Sie, dass es aufgrund dieser Entwicklung notwendig ist, das Rentensystem langfristig umzubauen, oder ist das nicht notwendig?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6078, 11021 und 12004

© IfD-Allensbach

Immer mehr wird der Bevölkerung auch bewusst, dass die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen im Rentensystem nicht gerecht verteilt sind. Schon vor gut zehn Jahren zogen hier 51 Prozent eine kritische Bilanz, aktuell 61 Prozent. Insbesondere der Anteil, der die Interessen der jüngeren Generation als unzureichend berücksichtigt einschätzt, wächst kontinuierlich: 2008 stuften 26 Prozent die jüngere Generation als durch das Rentensystem benachteiligt ein, aktuell 37 Prozent. Bemerkenswert ist jedoch, dass in diesem Zeitraum auch der Anteil derjenigen gewachsen ist, die die Interessen der Älteren unzureichend gewahrt sehen: 2008 waren davon 8 Prozent der Bürger überzeugt, aktuell 14 Prozent. Die mittlere Generation halten stabil 13 Prozent der Bevölkerung für benachteiligt. Interessanterweise fällt das Urteil, welche Generation zurzeit im Rentensystem benachteiligt ist, in den verschiedenen Generationen sehr ähnlich aus. So sind ähnlich wie der Durchschnitt der Bevölkerung auch nur 39 Prozent der unter 30-Jährigen der Überzeugung, dass die jüngere Generation im Nachteil ist; noch am ehesten vertreten die 30- bis 44-Jährigen

die Auffassung, dass das Rentensystem die Interessen der jungen Generation nicht ausreichend wahrt.

Schaubild 15

Benachteiligt – vor allem die jüngere Generation

Frage: "Wenn Sie einmal an das Rentensystem denken: Sind da Ihrer Meinung nach die Lasten und Ansprüche der verschiedenen Generationen gerecht verteilt oder nicht gerecht verteilt?"

Falls 'Nicht gerecht verteilt': "Und wer wird Ihrer Meinung nach benachteiligt: die jüngere die mittlere oder die ältere Generation?"

	2008 %	2019 %
Nicht gerecht verteilt	**51**	**61**
Jüngere Generation	**26**	**37**
Mittlere Generation	**13**	**13**
Ältere Generation	**8**	**14**
Unentschieden	**4**	**2**
Gerecht verteilt	**17**	**16**
Unentschieden	**32**	**23**
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10020, 12004

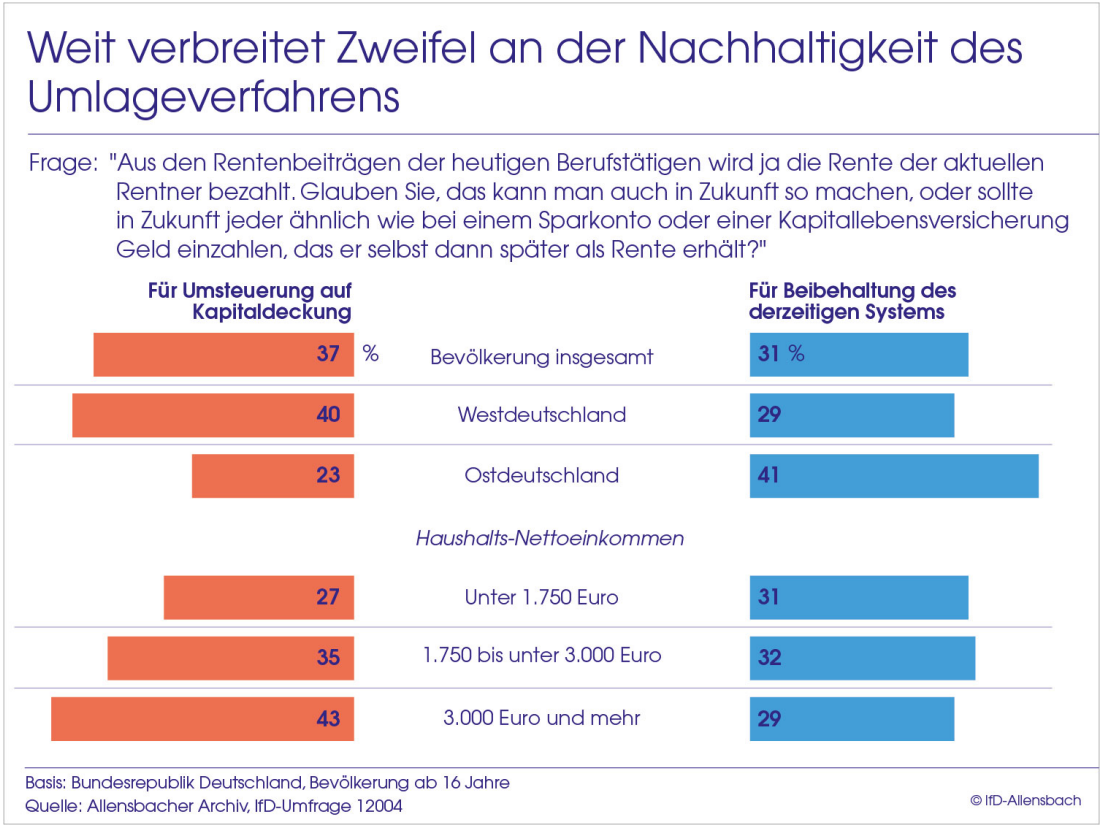
© IfD-Allensbach

Für die langfristige Stabilisierung der Renten hofft die Bevölkerung vor allem auf die Unterstützung aus Steuermitteln.

Weil die große Mehrheit einen Umbau des Rentensystems für unausweichlich hält, ist dies nicht mit einem Plädoyer für einen völligen Systemwechsel gleichzusetzen. Die Bürger bezweifeln zwar mehrheitlich, dass das derzeitige System der umlagenfinanzierten Rente zukunftsfest ist; lediglich 31 Prozent der Bevölkerung glauben, dass das derzeitige System auch in Zukunft trägt. Gleichzeitig spricht sich auch nur eine Minderheit von 37 Prozent für eine Umsteuerung auf eine kapitalgedeckte Rente aus. Rund ein Drittel der Bevölkerung traut sich in dieser wichtigen Grundsatzfrage kein Urteil zu. Dabei unterscheiden sich die Positionen signifikant in Ost und West: Die

westdeutsche Bevölkerung hält weitaus mehr als die ostdeutsche die Umsteuerung auf die Kapitaldeckung für notwendig, während die ostdeutsche Bevölkerung mit klarer relativer Mehrheit davon ausgeht, dass das derzeitige System der umlagenfinanzierten Rente beibehalten werden kann. Je höher das Einkommen, desto größer fällt die Unterstützung für einen völligen Systemwechsel aus; so votieren nur 27 Prozent der Mitglieder aus Haushalten mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.750 Euro für diese Umsteuerung, dagegen 43 Prozent der Mitglieder aus Haushalten mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 3.000 Euro und mehr.

Schaubild 16



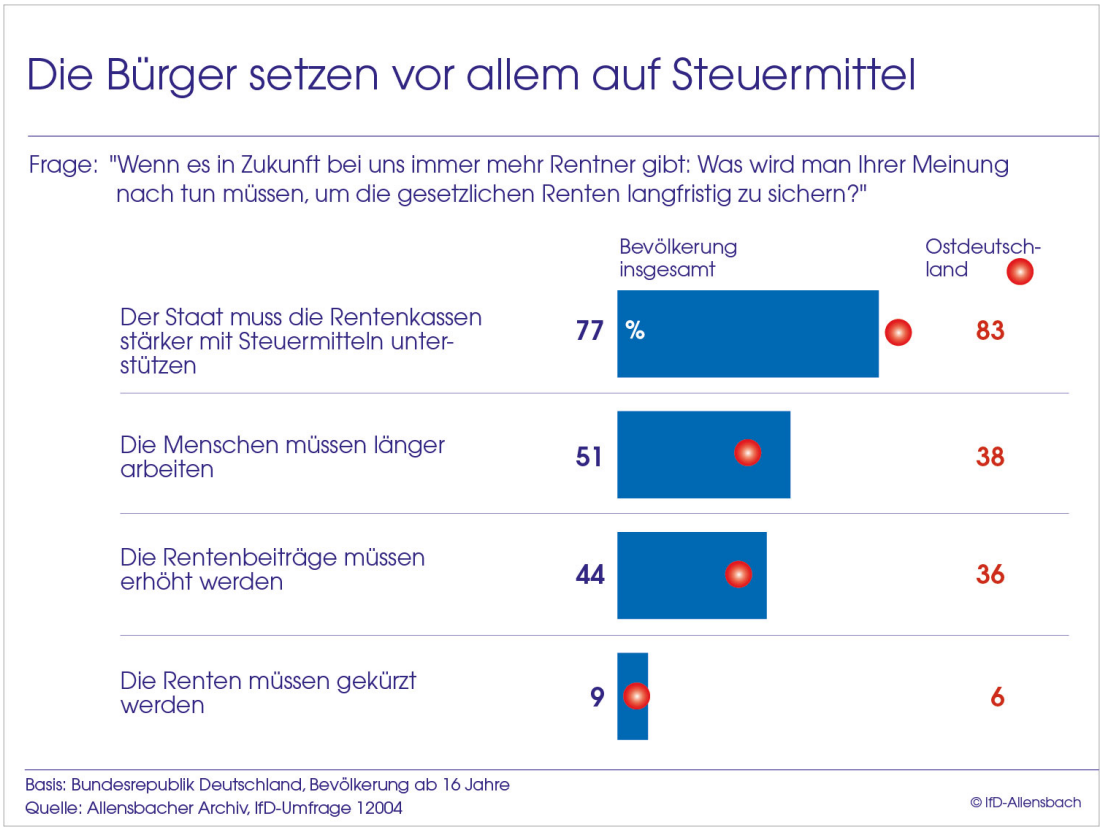
Die meisten setzen jedoch auf Maßnahmen, die das System nicht grundlegend in Frage stellen. So geht die überwältigende Mehrheit vor allem davon aus, dass der Staat künftig die Rentenkassen stärker mit Steuermitteln unterstützen muss, um die Renten langfristig zu sichern. 77 Prozent der Bevölkerung halten dies für das naheliegende Mittel, in Ostdeutschland sogar 83 Prozent. Dass dieses Instrument so klar favorisiert

wird, hat auch damit zu tun, dass zumindest ein Teil der Bevölkerung davon ausgeht, persönlich nicht den Preis für diese Unterstützung in Form von höheren Steuersätzen tragen zu müssen.

Mit einigem Abstand folgen Maßnahmen, bei denen die persönliche Betroffenheit wesentlich eindeutiger ist, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die Erhöhung der Rentenbeiträge. 51 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit unausweichlich ist, wenn die gesetzlichen Renten langfristig gesichert werden sollen; 44 Prozent halten auch eine Erhöhung der Rentenbeiträge für notwendig. Beides wird in Ostdeutschland deutlich unterdurchschnittlich unterstützt.

Eine Kürzung der Renten gilt dagegen in Ost wie West als völlig ausgeschlossen. Lediglich 9 Prozent der Westdeutschen und 6 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung gehen davon aus, dass die langfristige Stabilisierung des Rentensystems auch mit einer Kürzung der Bezüge erkauft werden muss.

Schaubild 17



In den letzten Jahren haben sich die Vorstellungen der Bürger, welche Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung der Renten notwendig sind, in zwei Punkten gravierend verändert: Immer mehr geht die Bevölkerung davon aus, dass die Sicherung der Renten auch eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit erfordert und eine Erhöhung der Rentenbeiträge. Vor fünf Jahren waren erst 36 Prozent der Bevölkerung überzeugt, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit notwendig sein wird, aktuell 51 Prozent. Im selben Zeitraum ist die Überzeugung, dass auch die Rentenbeiträge erhöht werden müssen, von 34 auf 44 Prozent angestiegen.

Schaubild 18

Immer mehr stellen sich auf eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit und höhere Rentenbeiträge ein

Frage: "Wenn es in Zukunft bei uns immer mehr Rentner gibt: Was wird man Ihrer Meinung nach tun müssen, um die gesetzlichen Renten langfristig zu sichern? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste hier."

	2014 %	2019 %
Der Staat muss die Rentenkassen stärker als bisher mit Steuermitteln unterstützen	**77**	**77**
Die Menschen müssen länger arbeiten	**36**	**51**
Die Rentenbeiträge müssen erhöht werden	**34**	**44**
Die Renten müssen gekürzt werden	**9**	**9**
Nichts davon	**5**	**4**
Unentschieden	**4**	**3**
	165	188

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11021, 12004

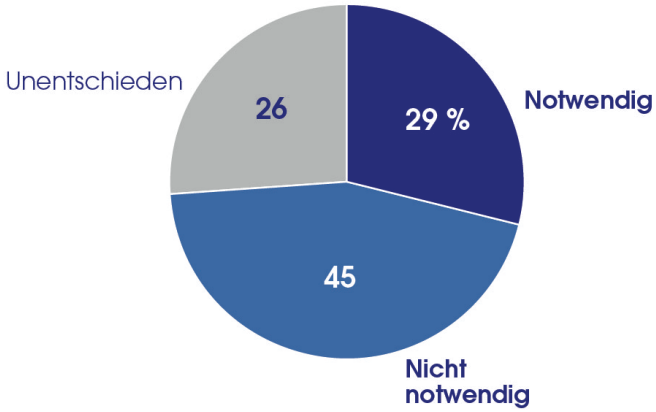
© IfD-Allensbach

Obwohl der Bevölkerung zunehmend bewusst wird, dass die demografische Entwicklung und hier insbesondere die steigende Lebenserwartung auch Konsequenzen für das Renteneintrittsalter haben muss, gibt es nach wie vor in dem Moment Vorbehalte, in denen konkrete Vorschläge gemacht werden. Wenn ein Automatismus zur Diskussion steht, bei dem sich das Renteneintrittsalter automatisch um zwei Monate verlängert, wenn die Lebenserwartung im Durchschnitt um drei Monate steigt, halten nur 29 Prozent diese Lösung für notwendig, 45 Prozent für nicht notwendig. Besonders viel Widerspruch kommt auch hier wieder aus Ostdeutschland: Dort halten nur 23 Prozent eine solche automatische Anpassung der Lebensarbeitszeit an die Lebenserwartung für notwendig, 56 Prozent für nicht notwendig.

Schaubild 19

Späteres Renteneintrittsalter: Zweifel an der Notwendigkeit

Frage: "Es gibt den Vorschlag, das Renteneintrittsalter automatisch an die Lebenserwartung anzupassen. Das bedeutet: Wenn die Lebenserwartung um durchschnittlich drei Monate steigt, sollte sich das Erwerbsleben um zwei Monate verlängern. Glauben Sie, dass eine solche Verlängerung der Lebensarbeitszeit zur Sicherung der Renten notwendig ist, oder glauben Sie das nicht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Gleichzeitig führen solche Maßnahmen im Allgemeinen nicht zu starken Gegenreaktionen der Bevölkerung, da sie nicht sofort, sondern oft erst sehr langfristig in eigene Interessen eingreifen.

Viel Kritik an der Rentenpolitik, aber breite Zustimmung zu einzelnen Beschlüssen

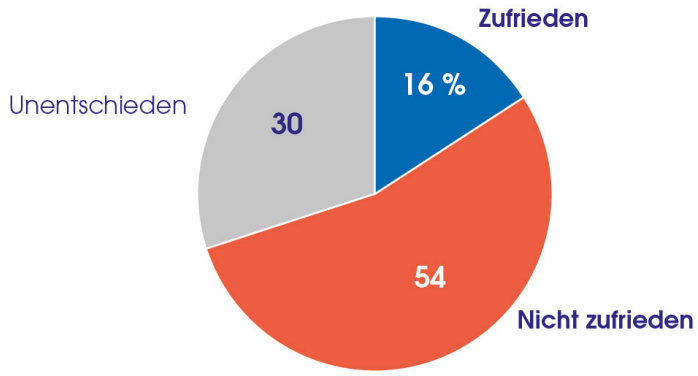
Vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen, vor denen die Rentenpolitik steht, wird die aktuelle Rentenpolitik überwiegend kritisch bewertet. Lediglich 16 Prozent ziehen eine positive Bilanz, während 54 Prozent mit der Rentenpolitik der Bundesregierung unzufrieden sind. Überdurchschnittlich zufrieden sind zurzeit die Rentner; von ihnen ziehen 30 Prozent eine positive Bilanz der aktuellen Rentenpolitik – dieser Anteil ist annähernd dreimal so hoch wie in der erwerbstätigen Bevölkerung,

wo lediglich 12 Prozent ein positives Urteil fällen. Besonders kritisch urteilt die Generation der 45- bis 59-Jährigen, von denen annähernd zwei Drittel die aktuelle Rentenpolitik kritisch sehen.

Schaubild 20

Überwiegend Kritik an der Rentenpolitik

Frage: "Sind Sie mit der Rentenpolitik der Bundesregierung im Großen und Ganzen zufrieden oder nicht zufrieden?"



■ **Überdurchschnittlich zufrieden sind Rentner (30 %), während Erwerbstätige den rentenpolitischen Kurs wesentlich kritischer beurteilen**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

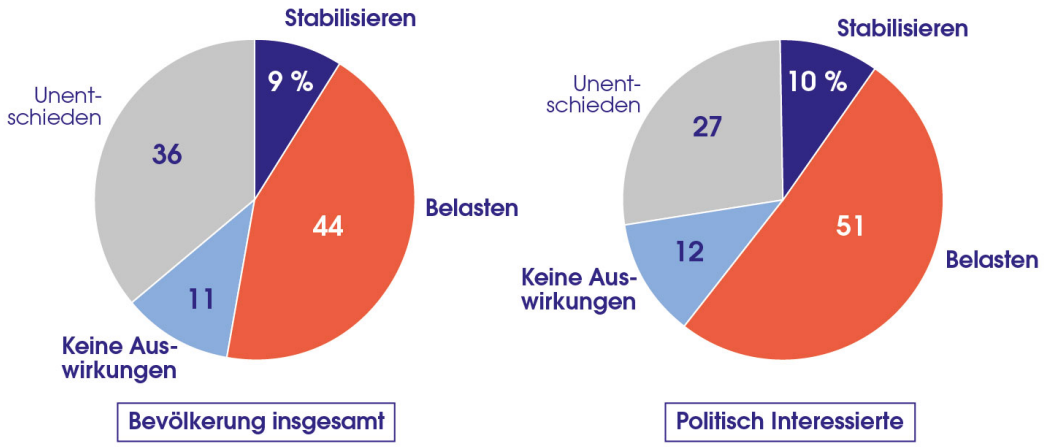
© IfD-Allensbach

Die Bürger sind auch überzeugt, dass die Rentenpläne der Regierung das Rentensystem eher belasten als stabilisieren werden. Lediglich 9 Prozent glauben an eine stabilisierende Wirkung, während 44 Prozent von einer merklichen Belastung ausgehen; davon sind insbesondere politisch interessierte Bevölkerungskreise überzeugt, von denen 51 Prozent überzeugt sind, dass das Rentensystem durch diese Beschlüsse und Pläne langfristig belastet wird.

Schaubild 21

Eher Belastung als Stabilisierung

Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie über die Rentenpläne der Bundesregierung wissen oder darüber gehört haben: Glauben Sie, dass die Rentenpläne der Koalition das Rentensystem langfristig stabilisieren werden, oder werden die Pläne das Rentensystem eher belasten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Allerdings fiel die Bilanz der Bürger vor einigen Jahren noch kritischer aus. 2014 ging die Hälfte der Bevölkerung davon aus, dass die damaligen Rentenpläne der großen Koalition das Rentensystem vor allem belasten würden; lediglich 11 Prozent glaubten an eine stabilisierende Wirkung. Der Trendvergleich zeigt, dass vor allem die Unsicherheit in der Bevölkerung gewachsen ist, wie die langfristigen Konsequenzen der aktuellen Rentenpolitik zu bewerten sind. Vor fünf Jahren traute sich ein Viertel der Bevölkerung kein Urteil zu, heute 36 Prozent. Besonders ratlos ist hier die junge Generation. Von den unter 30-Jährigen traut sich die Hälfte kein Urteil zu, ob die aktuelle Rentenpolitik das System langfristig stabilisiert oder belasten wird.

Schaubild 22

Mehr Unsicherheit über die langfristigen Folgen

Frage: "Wenn Sie einmal danach gehen, was Sie über die Rentenpläne der Bundesregierung wissen oder darüber gehört haben: Glauben Sie, dass die Rentenpläne der Koalition das Rentensystem langfristig stabilisieren werden, oder werden die Pläne das Rentensystem eher belasten?"

	2014 %	2019 %
Stabilisieren	**11**	**9**
Belasten	**50**	**44**
Keine Auswirkungen	**13**	**11**
Unentschieden, keine Angabe	**26**	**36**
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11021, 12004

© IfD-Allensbach

Das kritische summarische Urteil über die Rentenpolitik über die Rentenpolitik der Bundesregierung steht in einem bemerkenswerten Kontrast zu der Bewertung der einzelnen Beschlüsse und Maßnahmen, die teilweise auf eine außerordentlich breite Zustimmung treffen. So halten es 82 Prozent der Bevölkerung für sinnvoll, dass Selbständige dazu verpflichtet werden sollen, für ihr Alter vorzusorgen; annähernd ebenso viele unterstützen eine Aufstockung der Grundsicherung im Alter um 10 Prozent, wenn mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt wurde, aber der Rentenanspruch unter 850 Euro liegt. Den Ausbau der Mütterrente halten gut zwei Drittel für eine sinnvolle Maßnahme, die Erhöhung der Rentenansprüche für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten können, knapp zwei Drittel. Auch die doppelte Haltelinie findet die Unterstützung von 60 Prozent der Bevölkerung, die Erhöhung der Bemessungsgrenze, ab der die vollen Rentenbeiträge zu zahlen sind, von immerhin gut jedem Zweiten. Auch hier zeigt sich, dass es keinen gravierenden Dissens

zwischen den Generationen gib: Auch die unter 30-Jährigen halten mit großer Mehrheit alle diese Maßnahmen für sinnvoll, lediglich der Ausbau der Mütterrente wird von ihnen weniger befürwortet als von dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Schaubild 23

Aber breite Zustimmung zu Maßnahmen, die das System belasten

Frage: "Die Bundesregierung hat im Bereich Rente einige Maßnahmen geplant oder bereits umgesetzt. Ich lese Ihnen nun einige dieser Maßnahmen vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie diese Maßnahmen für sinnvoll oder für nicht sinnvoll halten."

Sinnvolle Maßnahmen:	Bevölkerung insgesamt %	16- bis 29-Jährige %
Selbstständige werden dazu verpflichtet, fürs Alter vorzusorgen	**82**	**81**
Die Grundsicherung soll im Alter um 10 Prozent aufgestockt werden, wenn man mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, aber weniger als rund 850 Euro Rente bekommt	**80**	**76**
Ausbau der "Mütterrente": Die Rente von Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, wird erhöht	**68**	**55**
Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum regulären Renteneintrittsalter arbeiten können, werden mehr Beitragsjahre angerechnet und somit deren Rente erhöht	**64**	**68**
Die "Doppelte Haltelinie": Damit ist gemeint, dass die Rentenhöhe bis 2025 stabil bleiben soll und die Rentenbeiträge der Arbeitnehmer nicht über einen bestimmten Prozentsatz steigen dürfen	**60**	**59**
Arbeitnehmer müssen erst ab einem höheren Einkommen als bisher die vollen Rentenbeiträge zahlen, nämlich ab 1.300 Euro anstatt ab 850 Euro	**53**	**57**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

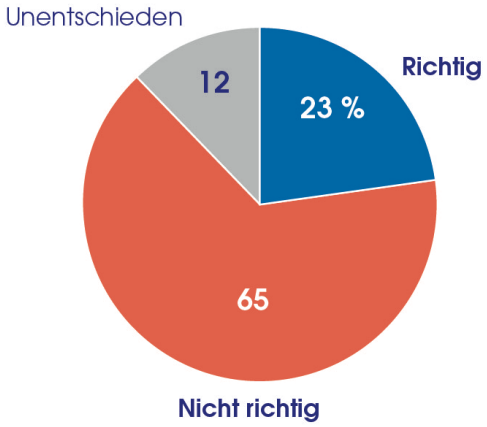
© IfD-Allensbach

Die Ergebnisse zeigen eine breite Unterstützung für die kontrovers diskutierte Grundrente. Einen Aspekt sieht die große Mehrheit jedoch außerordentlich kritisch, den Verzicht auf die Bedürftigkeitsprüfung. Bei aller Unterstützung für die Grundrente halten es nur 23 Prozent für richtig, sie ohne Bedürftigkeitsprüfung zu gewähren. Zwei Drittel der Bevölkerung sprechen sich dagegen für eine Prüfung der Bedürftigkeit aus, hier sind sich sowohl die Generationen wie die verschiedenen sozialen Schichten einig. Auch die Anhänger der SPD urteilen hier nicht anders als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Schaubild 24

Gegen Verzicht auf Bedürftigkeitsprüfung

Frage: "Darüber hinaus ist vorgeschlagen worden, dass eine solche Aufstockung der Rente ohne sogenannte Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden soll, also ohne dass geprüft wird, ob z.B. der Partner eine hohe Rente bekommt und ob man über weitere Einkünfte oder Vermögen verfügt. Finden Sie es richtig, dass die finanziellen Verhältnisse nicht überprüft werden sollen, oder finden Sie das nicht richtig?"

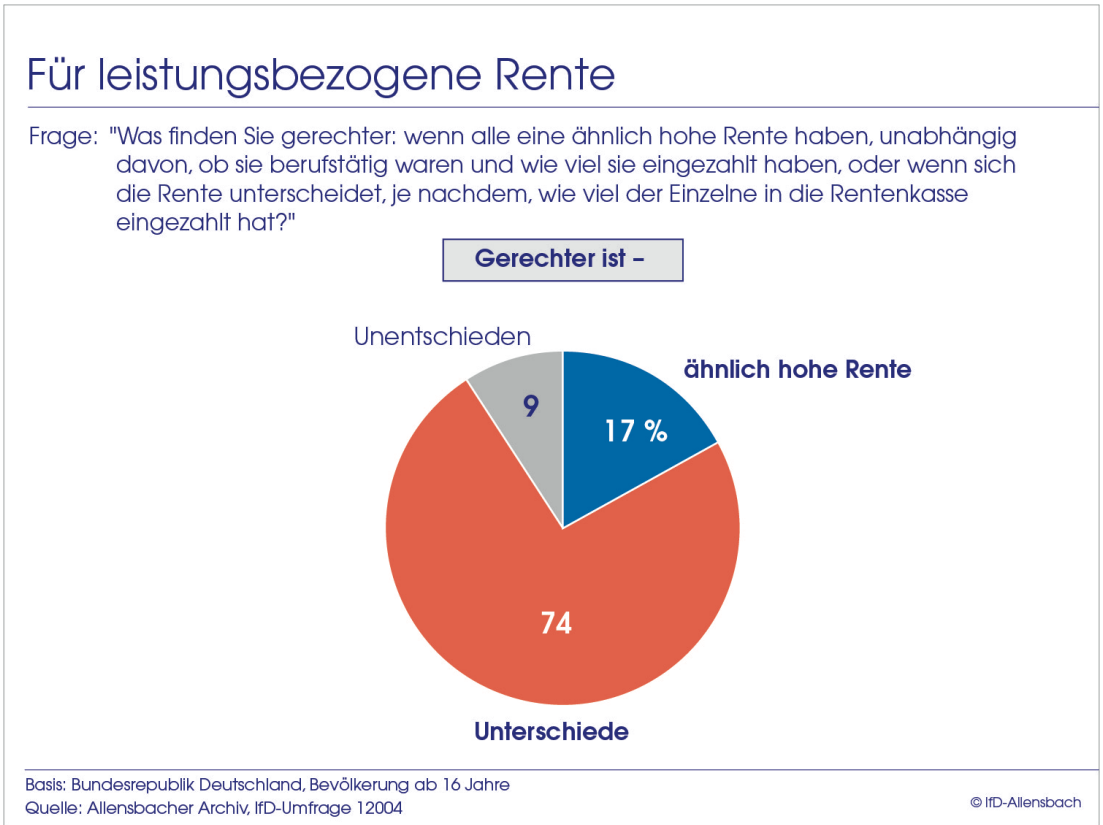


Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Die breite Unterstützung für die Aufbesserung kleiner Renten ist auch kein Indiz für egalitäre Tendenzen. Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente. Dies zeigt sich auch bei der breiten Unterstützung für leistungsbezogene Renten. Lediglich 17 Prozent der Bevölkerung halten es für gerecht, wenn sich die Höhe der Renten nicht gravierend unterscheidet. Die überwältigende Mehrheit, 74 Prozent, halten es dagegen für richtig, dass es deutliche Unterschiede zwischen den Renten gibt, abhängig davon, wieviel der Einzelne in die Rentenkasse eingezahlt hat.

Schaubild 25



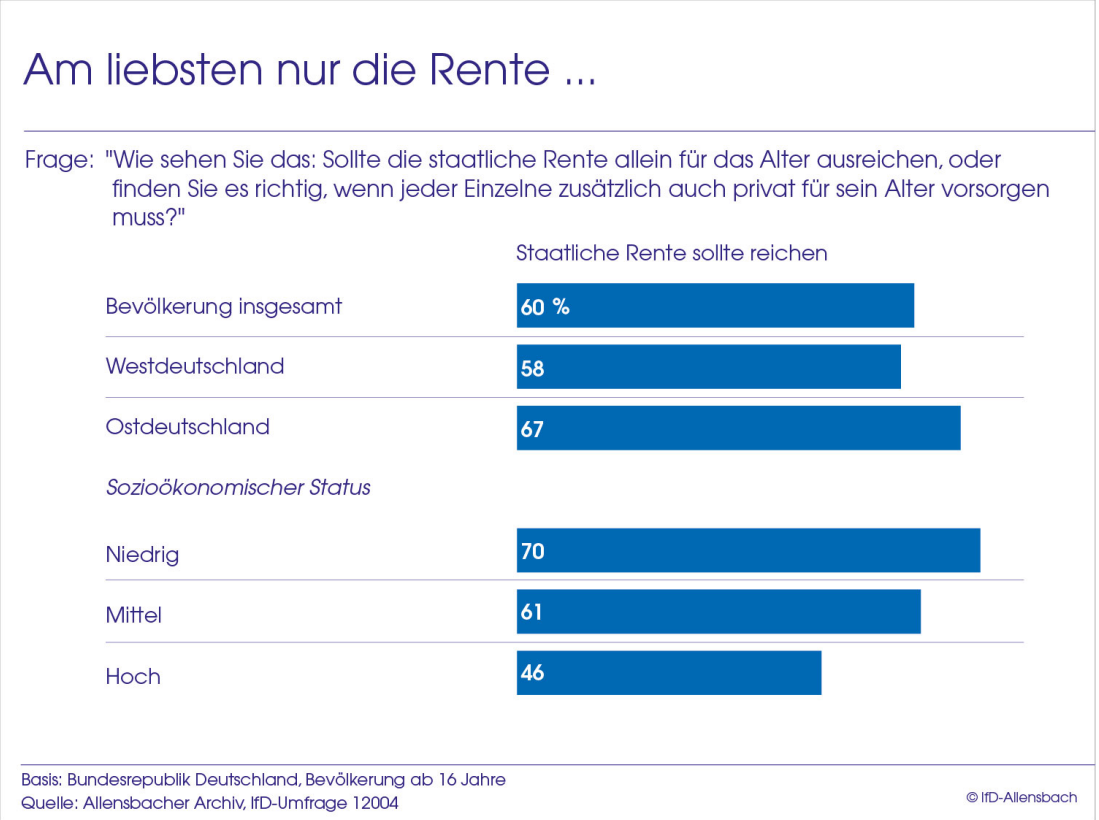
Die große Bedeutung, die der Leistungsgedanke im Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung einnimmt, zeigt sich auch in der breiten Unterstützung für differenzierte Gehälter wie auch für einen deutlichen Abstand zwischen Erwerbseinkommen und Unterstützungseinkommen.

Die ideale Alterssicherung aus der Sicht der Bürger

Am liebsten wäre der Mehrheit, wenn allein die staatliche Rente ein ausreichendes Alterseinkommen sicherte, ohne dass ergänzend private Vorsorgemaßnahmen getroffen werden müssten. 60 Prozent der gesamten Bevölkerung fänden das ideal, überdurchschnittlich die ostdeutsche Bevölkerung und Personen aus den schwächeren sozialen Schichten. 70 Prozent aus den schwächeren sozialen Schichten wäre die

staatliche Rente als Rundumversorgung am liebsten, in der Mittelschicht 61 Prozent, in den höheren sozialen Schichten 46 Prozent. Nur in den höheren sozialen Schichten halten sich der Wunsch nach einem staatlichen Rundumschutz im Alter und die grundsätzliche Unterstützung für eine ergänzende private Altersvorsorge die Waage.

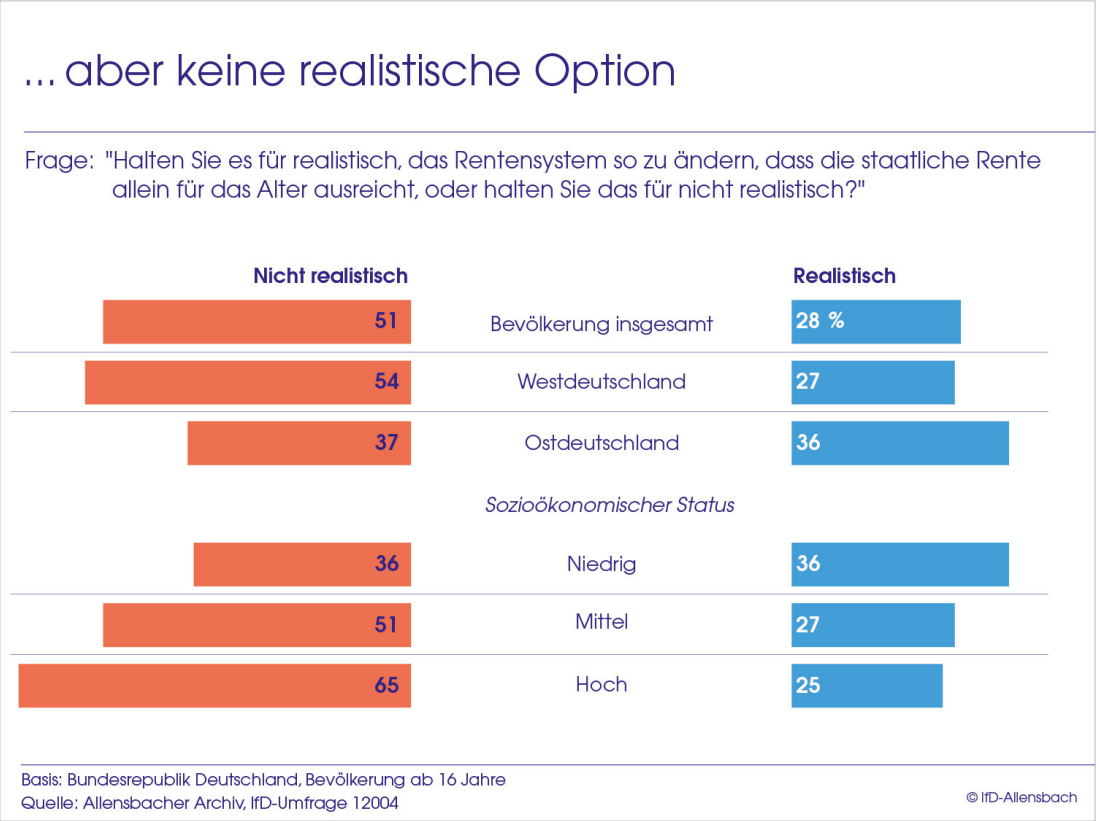
Schaubild 26



Gleichzeitig hält die Mehrheit eine staatliche Rente, die alleine als Einkommensquelle im Alter ausreicht, für nicht realistisch. Auch hier unterscheidet sich das Urteil in West- und Ostdeutschland und in den sozialen Schichten deutlich. Die Bevölkerung in Ostdeutschland hält es weitaus mehr als die westdeutsche für möglich, dass der Staat alleine über die staatliche Rente ein ausreichendes Einkommen für alle sicherstellen könnte; genauso sind die schwächeren sozialen Schichten davon mehr überzeugt als die höheren. Insgesamt ist jedoch überraschend, wie groß der Anteil ist, der es durchaus für realistisch hält, dass die staatliche Rente allein für das Alter ausreichen

könnte. 28 Prozent der gesamten Bevölkerung vertreten diese Auffassung, in Ostdeutschland 36 Prozent.

Schaubild 27

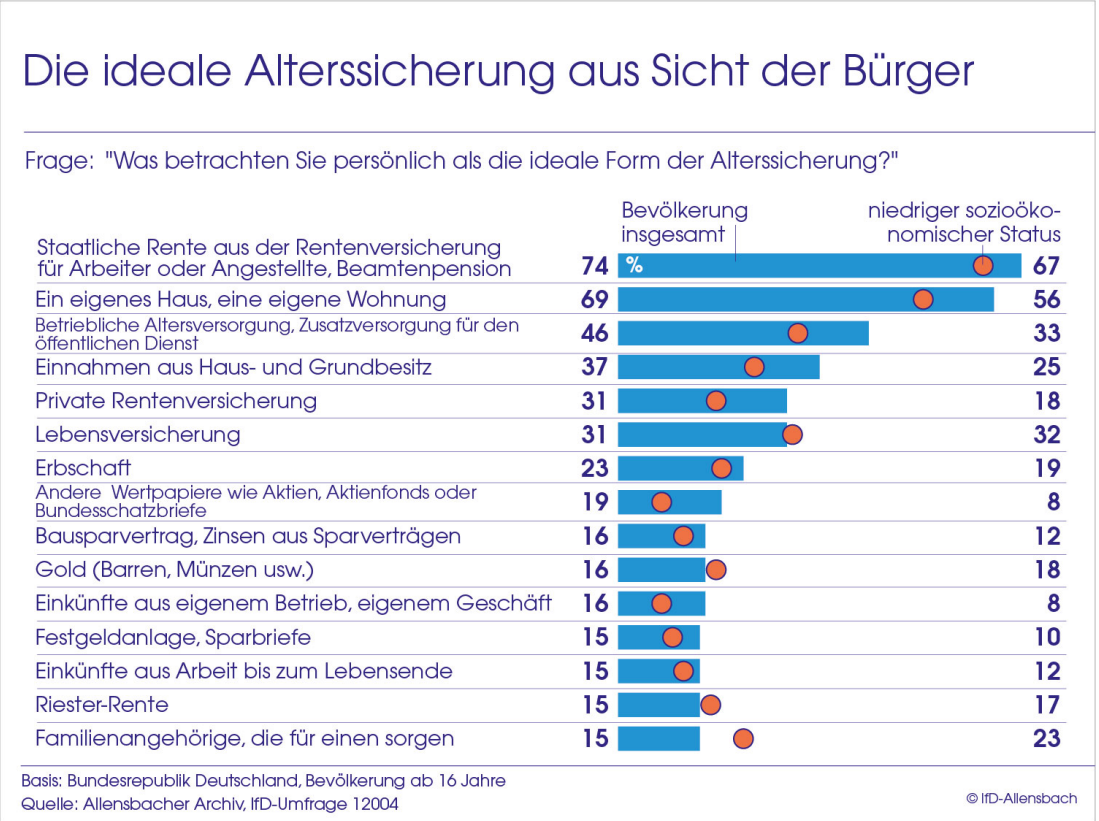


In den Vorstellungen der Bevölkerung von einer idealen Alterssicherung spielt die staatliche Rente die zentrale Rolle; drei Viertel der Bevölkerung zählen sie zu den Säulen einer idealen Alterssicherung. Auf dem zweiten Rang liegt die eigene Immobilie, die für 69 Prozent der Bürger zu einer idealen Alterssicherung gehört, mit einigem Abstand gefolgt von der betrieblichen Altersversorgung, Einnahmen aus Haus- und Grundbesitz, einer privaten Rentenversicherung und Lebensversicherung.

Das Konzept der schwächeren sozialen Schichten von einer idealen Alterssicherung ist deutlich enger gefasst und spiegelt den geringeren finanziellen Spielraum für Vermögensbildung und eigenverantwortliche Vorsorge. So zählen die schwächeren sozialen Schichten vor allem Immobilien, eine private Rentenversicherung, Wert-

papiere und Einkünfte aus dem eigenen Betrieb signifikant unterdurchschnittlich zu den Säulen einer idealen Alterssicherung.

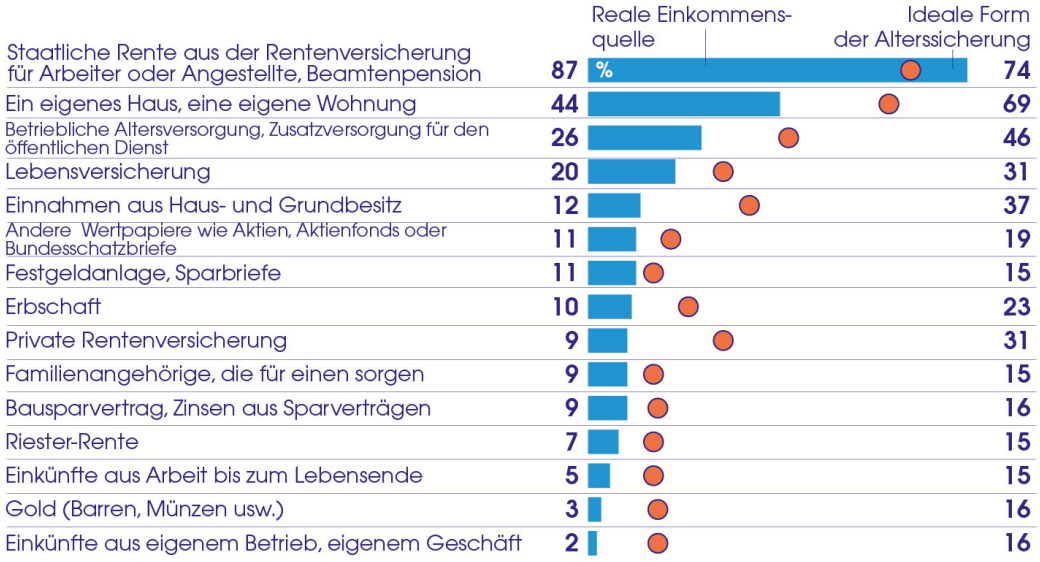
Schaubild 28



Die Einkommensquellen der heutigen Rentner bleiben mit Ausnahme der staatlichen Rente deutlich hinter den Idealvorstellungen von einer guten Alterssicherung zurück. Das gilt insbesondere für den Immobilienbesitz, aber auch für Einkünfte aus einer betrieblichen Altersversorgung und einer privaten Rentenversicherung. 31 Prozent rechnen eine private Rentenversicherung zu den Säulen einer idealen Alterssicherung, nur 9 Prozent der heutigen Rentner verfügen über Einkünfte aus einer privaten Rentenversicherung. 69 Prozent halten eine eigene Immobilie für ideal, nur 44 Prozent besitzen ein eigenes Haus bzw. eine eigene Wohnung. Eine betriebliche Altersversorgung gehört für 46 Prozent zu den Säulen einer idealen Alterssicherung, jeder vierte Rentner profitiert heute von einer betrieblichen Altersversorgung bzw. der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst.

Schaubild 29

Ideale Alterssicherung und reale Einkommens-quellen der heutigen Rentner



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die (überwiegend) von einer Rente oder Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

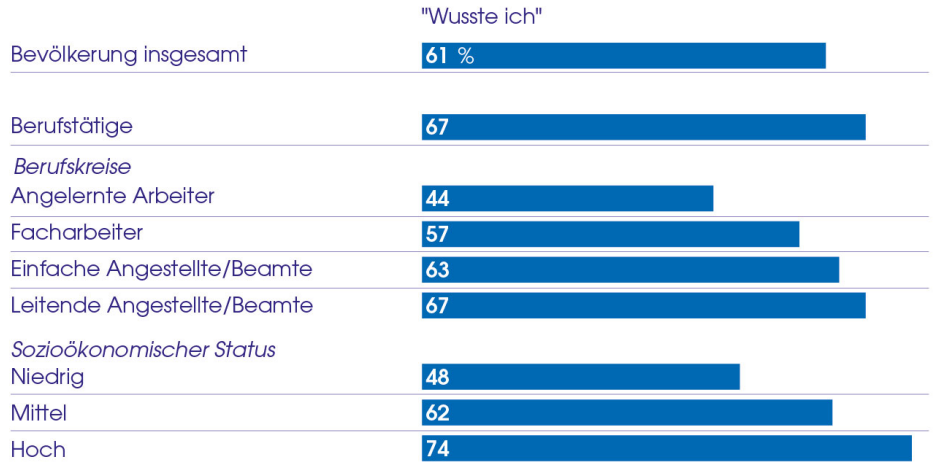
© IfD-Allensbach

Die Bevölkerungskreise, die noch nicht im Rentenalter sind, erwarten, dass sie mehr von Einkünften aus Lebensversicherungen und privaten Rentenversicherungen profitieren werden, aus Erbschaften, der Riester-Rente und teilweise auch aus einer betrieblichen Altersversorgung als es die heutigen Rentner tun. So gehen 21 Prozent der künftigen Rentner davon aus, dass sie auch über Einkünfte aus einer privaten Rentenversicherung verfügen werden, 30 Prozent rechnen auf Einkünfte aus einer betrieblichen Altersversorgung bzw. der Zusatzversorgung für den öffentlichen Dienst. Gerade in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge gibt es jedoch noch erhebliche Informationsdefizite. Nur zwei Drittel der Berufstätigen wissen, dass mit Ausnahme von Selbständigen und Beamten alle Arbeitnehmer das Recht haben, eine betriebliche Altersvorsorge in Anspruch zu nehmen. Vor allem angelernte Arbeiter und Facharbeiter sind hier unzureichend informiert, auch generell Personen aus den schwächeren sozialen Schichten.

Schaubild 30

Informationsdefizit in Bezug auf die betriebliche Altersvorsorge

Frage: "Mit Ausnahme von Beamten und Selbständigen haben alle Arbeitnehmer das Recht, eine betriebliche Altersvorsorge in Anspruch zu nehmen. Bei der betrieblichen Altersvorsorge verzichtet der Arbeitnehmer auf einen Teil seines Bruttogehalts und zahlt diesen Teil in einen Altersvorsorgevertrag ein. Wussten Sie, dass alle Arbeitnehmer dieses Recht haben, oder hören Sie das zum ersten Mal?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

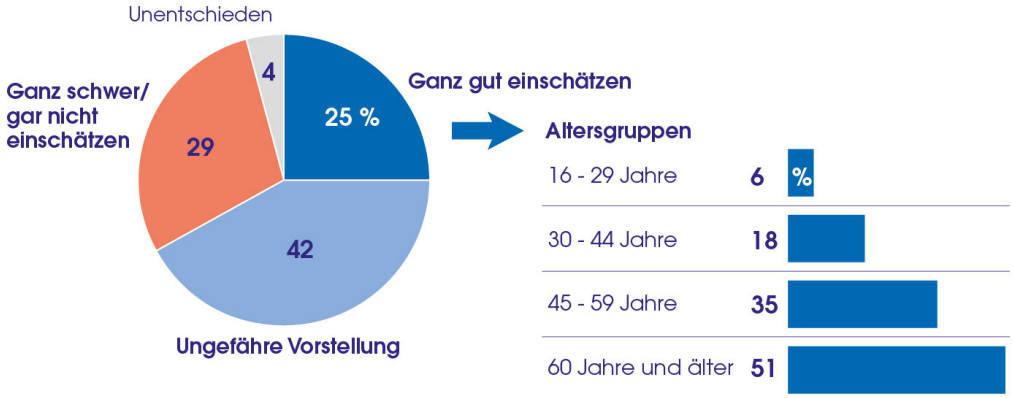
© IfD-Allensbach

Generell gibt es in Bezug auf Altersvorsorge und die eigene Situation im Alter beachtliche Informationsdefizite in der Bevölkerung. So hat nur eine Minderheit eine präzisere Vorstellung von der eigenen finanziellen Lage im Alter. Lediglich 25 Prozent sind überzeugt, dass sie ihre finanzielle Lage im Alter relativ gut einschätzen können. 42 Prozent haben eine ungefähre Vorstellung und 29 Prozent finden es ausgesprochen schwierig einzuschätzen, wie ihre finanzielle Situation im Alter aussehen wird. Erwartungsgemäß ist die Urteilssicherheit ausgeprägt altersgebunden. Von den unter 30-Jährigen sind gerade einmal 6 Prozent überzeugt, dass sie ihre finanzielle Lage im Alter relativ realistisch einschätzen können, auch von den 30- bis 44-Jährigen nur 18 Prozent. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch von den 45- bis 59-Jährigen nur 35 Prozent den Eindruck haben, dass sie ihre finanziellen Verhältnisse im Alter relativ gut überblicken können. Von den 60-Jährigen und Älteren, die noch nicht von einer Rente oder Pension leben, traut sich auch nur jeder Zweite ein fundiertes Urteil zu, wie sich die eigene finanzielle Lage mittel- und langfristig entwickeln wird.

Schaubild 31

Nur eine Minderheit hat eine präzise Vorstellung von ihrer finanziellen Lage im Alter

Frage an Presonen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder Pension leben:
"Würden Sie sagen, Sie können alles in allem ganz gut einschätzen, wie Ihre finanzielle Lage im Alter sein wird, oder haben Sie davon zumindest eine ungefähre Vorstellung, oder können Sie das nur ganz schwer bzw. gar nicht einschätzen?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

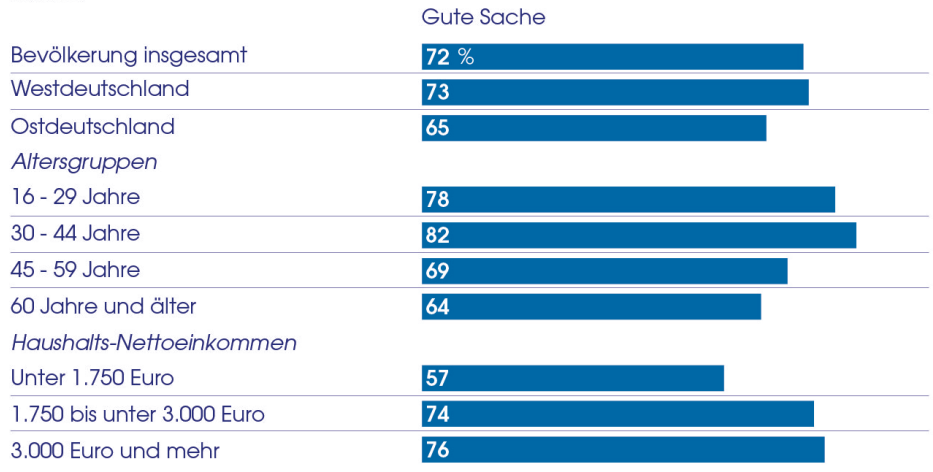
© IfD-Allensbach

Entsprechend populär ist der Vorschlag eines Vorsorgekontos, das von dem Einzelnen jederzeit online eingesehen werden kann und das einen Überblick gibt, wieviel später aus gesetzlicher Rente und privater Vorsorge zur Verfügung stehen wird. 72 Prozent stehen einem solchen Vorsorgekonto positiv gegenüber; die Resonanz fällt in West- und Ostdeutschland, den verschiedenen Generationen und Einkommensschichten etwas auseinander, doch halten in allen Gruppen klare Mehrheiten ein solches Konto für hilfreich.

Schaubild 32

Populäres Vorsorgekonto

Frage: "Vor kurzem ist vorgeschlagen worden, für jeden Bürger ein sogenanntes Vorsorgekonto einzurichten, das man jederzeit online einsehen kann. Mit diesem Konto bekommt man einen Überblick, wie viel einem später aus gesetzlicher Rente und privater Vorsorge zur Verfügung stehen wird. Finden Sie diesen Vorschlag grundsätzlich eine gute Sache oder keine gute Sache?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

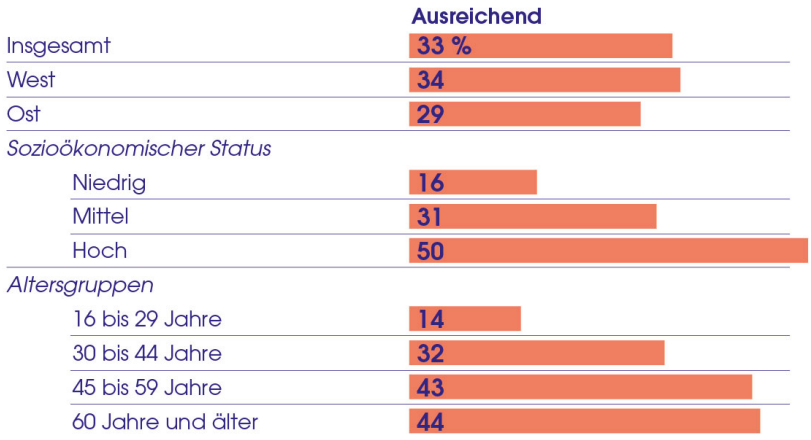
Ein solches Vorsorgekonto könnte dazu beitragen, dass sich die Bürger wesentlich systematischer mit ihrer Alterssicherung befassen und sie langfristiger und konsequenter organisieren. Von denjenigen, die bereits ihre Rente beziehen, ziehen knapp zwei Drittel im Rückblick die Bilanz, dass sie ausreichend vorgesorgt haben. Von den künftigen Rentnern ist nur jeder Dritte überzeugt, dass die eigene Altersvorsorge ausreichend ist. Selbst in den höheren Schichten ist nur jeder Zweite mit der eigenen Vorsorge zufrieden. Mit zunehmendem Alter wächst zwar die Zuversicht, ausreichend vorgesorgt zu haben, doch halten auch nur 43 Prozent der 45- bis 59-Jährigen ihre bisherigen Vorsorgemaßnahmen für ausreichend.

Schaubild 33

Defizitäre Altersvorsorge

Frage: "Halten Sie das, was Sie bislang für die Altersvorsorge tun, alles in allem für ausreichend, oder für nicht ausreichend?"

Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Die künftigen Rentner begründen ihre vielfach defizitären Vorsorgemaßnahmen vor allem mit ihrem begrenzten Spielraum, teilweise aber auch mit der Erwartung, auch im Rentenalter weiterzuarbeiten und entsprechend auch neben der Rente über ein Einkommen zu verfügen; 29 Prozent beruhigen sich auch damit, dass es bis zum Ruhestand noch einige Zeit hin ist und dass sie nicht so weit vorausplanen. Entsprechend gibt gut jeder Fünfte zu Protokoll, erst zu einem späteren Zeitpunkt mit der privaten Altersvorsorge beginnen zu wollen. Ebenfalls jeder Fünfte empfindet Altersvorsorge als zu kompliziert und ist unsicher, wie die eigene Altersvorsorge sinnvoll organisiert werden könnte.

Schaubild 34

Gründe, warum nicht mehr in die eigene Alterssicherung investiert wird

Frage: "Hier ist einiges aufgeschrieben, was uns andere darüber gesagt haben, warum sie nicht mehr für ihre Altersvorsorge tun. Was von dieser Liste würden Sie auch nennen?"

	Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
	%
Ich habe keinen finanziellen Spielraum, brauche mein Geld für anderes	61
Ich werde wahrscheinlich auch im Rentenalter weiter arbeiten und Geld verdienen	30
Bis zum Ruhestand ist es noch einige Zeit, ich plane nicht so weit im voraus	29
Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt mit der privaten Altersvorsorge beginnen	22
Das Thema Altersvorsorge ist so kompliziert, ich weiß gar nicht, was für mich geeignet ist	21
Wegen der niedrigen Zinsen lohnt sich eine private Altersvorsorge zur jetzigen Zeit gar nicht	19
Ich gehe davon aus, dass ich später etwas erbe	16
Ich gehe davon aus, dass mich meine Kinder im Alter unterstützen	5

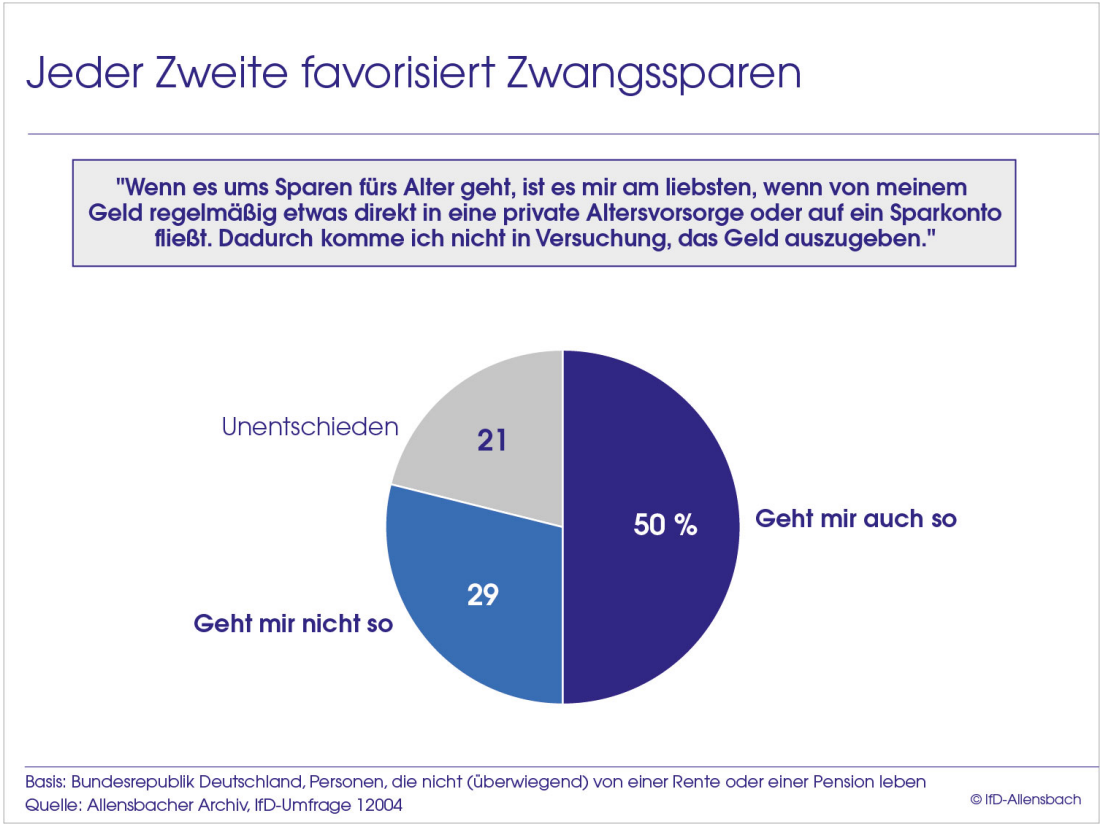
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die nicht (überwiegend) von einer Rente oder einer Pension leben
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

© IfD-Allensbach

Mit Abstand das am häufigsten vorgebrachte Argument sind die begrenzten finanziellen Ressourcen. 61 Prozent sind überzeugt, dass sie eigentlich keinen finanziellen Spielraum für Altersvorsorge haben und ihr Geld für anderes verwenden müssen. Die begrenzten finanziellen Spielräume und die Konkurrenz mit anderen Ausgaben ist in den schwächeren sozialen Schichten nachvollziehbar; hier sind die finanziellen Spielräume für eine regelmäßige Altersvorsorge zwangsläufig eng begrenzt. Auch in der Mittel- und Oberschicht spielt jedoch das Argument, das Geld für andere Ausgaben zu brauchen, eine beachtliche Rolle. Die Bürger investieren gern in Reisen, in ihre Einrichtung, in Kleidung und anderes, das unmittelbar Freude macht. Altersvorsorge ist im Vergleich dazu etwas, das erst langfristig Vorteile verspricht. Die Bürger wissen, dass ihre Entscheidung zwischen kurzfristigem Konsum und langfristiger Vorsorge oft nicht rational getroffen wird. Daher ist jeder Zweite überzeugt, dass es eigentlich am besten wäre, wenn vom eigenen Konto regelmäßig

Geld in die private Altersvorsorge oder auf ein Sparkonto fließen würde, um der Versuchung entgegenzuwirken, das Geld anderweitig auszugeben.

Schaubild 35



Auf dieser Selbsterkenntnis kann und sollte aufgebaut werden – möglichst schon in der jungen Generation, um die regelmäßigen Belastungen in Grenzen zu halten. Die Bürger setzen ihre Kenntnis der Konsequenzen der demografischen Entwicklung und ihre Besorgnis über die eigene Alterssicherung nur unzureichend oder erst deutlich zu spät in konkrete Vorsorgemaßnahmen um.

Allensbach am Bodensee,
am 28. Juni 2019 INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH